

Das einträgliche Geschäft mit der Angst

Manchen, die sich in der Integrationsdebatte zu Wort melden, geht es nicht um seriöse Problemlösung. Sie beuten die stille Wut des Mittelstandes über eine bürgerferne Politik aus. Ein Mittel hierzu ist die Denunziation des Islam. Dabei funktioniert die Integration in Deutschland besser, als viele wahrhaben wollen. Von Klaus J. Bade

In der deutschen Integrationsdebatte datiert man neuerdings «vor und nach Sarrazin». Das ist erstaunlich, weil es in der «Sarrazin-Debatte» kaum sachlich Neues gab. Das mag Thilo Sarrazin als wirtschafts- und finanzwissenschaftlich geschultem Autodidakten in der Migrations- und Integrations-thematik nicht bekannt gewesen sein, weil er den Forschungsstand nicht überblickte. Das Gleiche dürfte für einen grossen Teil der 1,2 Millionen Käufer seines Bestellers «Deutschland schafft sich ab» gelten, die allerdings nicht durchweg mit Buchlesern in eins zu setzen sind. Die Debatte ist nur lauter, alarmistischer geworden. Aber vielleicht ist das in Deutschland, dem Land der jahrzehntelangen Realitätsverweigerung beziehungsweise Erkenntnisverspätung unter dem Motto «Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland», nötig, um gehört zu werden. Alarmismus als publizistischer Türöffner läuft freilich immer Gefahr, mit der Botschaft selbst verwechselt zu werden.

Protestverhalten

Bilder der deutschen Integration erscheinen paradox: Es gibt ein im Alltag tragendes, verhalten optimistisches Selbstbild der Einwanderungsgesellschaft und ein zunehmend pragmatisches Verhältnis zu Integrationsfragen. Das hat das Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) mit dem Titel «Einwanderungsgesellschaft 2010» im Frühsommer gezeigt.

Über dieser, nach seriösen Umfragen auch weiterhin tragenden Grundströmung gibt es seit der «Sarrazin-Debatte» stürmische Oberflächenwirbel. Sie werden angetrieben von einer emsigen Desintegrationspublizistik, die weniger Integrations- und Islam-Kritik als Integrations- und Islam-Denunziation betreibt. Das ist ein einträgliches Geschäft mit der kulturellen und sozialen Angst, die auch ganz andere Ursachen hat. Entscheidend ist die Frage, wie tief die Oberflächenwirbel greifen und ob sie in stande sein werden, auch den noch stabilen Grund des Gruppenvertrauens in der Einwanderungsgesellschaft aufzuwühlen.

Das Sarrazin-Phänomen selbst ankert nicht vorwiegend oder gar nur in Problemen von Integration und Migration. Es hat ebenso zu tun mit der – auch durch die Publikationsreihe «Deutsche Zustände» von Wilhelm Heitmeyer belegten – wachsenden stillen Wut weiter Kreise der Bevölkerung. Sie zielt auf eine politische Klasse, die in existenziellen, insbesondere den Mittelstand ängstigenden Fragen Bürgernähe und konzeptorientierte Führungsverantwortung vermissen lässt.

Das Thema Integration ist also nur ein Spielball unter anderen im breiten Feld von Politikverdrossenheit und Protestverhalten, in dem die verschiedensten Empörungen, aber auch Verlustängste zusammentreffen. Sie könnten, über Sündenbocktheorien projiziert, bei steter Wiederholung auch die noch stabile Basis des Gruppenvertrauens im Alltag der Einwanderungsgesellschaft destabilisieren. Dann wäre in der Einwanderungsgesellschaft unter Umständen der soziale Frieden in Ge-

fahr, mit schwer absehbaren Folgen. Politik spielt hier eine ambivalente Rolle. Sie hat in Sachen Integration kraftvoll Tritt gefasst und kommt doch immer wieder aus dem Tritt: Einerseits ist in Deutschland in den letzten zehn Jahren integrationspolitisch de iure und de facto mehr geschehen als in den vier Jahrzehnten zuvor. Andererseits kommt es im gleichen Feld immer wieder zu vermeintlich bürgerorientierten, in Wirklichkeit aber opportunistisch medien- und demoskopieorientierten Stolperschritten. Sie untergraben nicht nur das Gruppenvertrauen in der Einwanderungsgesellschaft, sondern auch die Glaubwürdigkeit politischer Positionen, von der die Legitimation der Politik in der demokratischen Einwanderungsgesellschaft lebt.

Geduld auf beiden Seiten

Abhilfe leisten kann aufseiten der Politik nur die konzeptorientiert handlungsbereite, verlässliche und damit vertrauenbildende, aber eben auch persönlich haftungsbereite Führungsverantwortung. Sie gründet sich auf das, was der österreichische Bundespräsident Fischer in einer Rede vor dem österreichisch-französischen Zentrum im Oktober 2010 das Streben nach «klaren und nachvollziehbaren Regelungen» genannt hat. Ein Beispiel für Deutschland gab die programmatische Rede von Bundespräsident Christian Wulff zum 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung. Seine Rede markierte in der politischen Migrations- und Integrations-

diskussion in Deutschland eine historische Zäsur, zu der sein Amtsvorgänger Horst Köhler 2006 vergeblich mit dem kritischen Statement ausgeholt hatte, man habe in der Politik «die Integration verschlafen». Wulffs Rede hat die Nation aufhorchen lassen und – wie alles, was auf höchster Ebene eine Wendé markiert – unvermeidlich zu Entrüstungen geführt. Das war bei Bundespräsident Richard von Weizsäcker seinerzeit auch nicht anders, als er das Ende des Zweiten Weltkriegs und damit die deutsche Niederlage als Befreiung beschrieb.

Die Entrüstung wird verhallen, die historische Wegmarke steht fest. Sie umschliesst im Feld der Integration, von der Akzeptanz des Islam abgesehen, insbesondere zwei Botschaften: 1. die Integration in Deutschland ist besser als ihr Bild in den Medien und ein Generationenprojekt; das Geduld auf beiden Seiten braucht; 2. gesellschaftliche Vielfalt aushalten zu lernen, ist Aufgabe für alle. Diese Vielfalt kann sich frei entfalten. Sie muss aber, wo nötig, entschieden, streitbar und abwehrbereit in den Grenzen einer Verfassungsordnung gehalten werden, die festschreibt, dass der eigene Anspruch auf Recht und Freiheit sich nicht auf Unrecht und Unfreiheit für andere gründen darf. Von der Politik vorgelebt werden sollte in diesem Sinne nicht populistischer Alarmismus, sondern ein kritischer Integrations-Optimismus: realitätsbezogen, pragmatisch-unaufgeregt und verantwortungsbereit.

Prof. Klaus J. Bade ist Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).